



Föderalregierung: Kommt jetzt die Wüste Arizonas?

Seite 6

Inhalt

Öffnungszeiten & Kontakt

Seite 3

Ein Nationalkongress zum Thema Überarbeitung der Arbeit

Seite 4

„Audi will die Arbeiter von innen heraus spalten“

Seite 5

Meldungen

Seiten 6-9

Dossier Föderalregierung

Seiten 10-11

CSCBIE-Info

Seiten 12-13

Eine soziale Sicherheit für Lebensmittel in Belgien?

Seiten 14-15

CNE-Info: Sparpolitik, das falsche Heilmittel gegen Defizite

Seite 16

Meldungen

Impressum

Verantwortlicher Herausgeber:

Jean-Marc Namotte,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers

Redaktion:

Jessica Halmes	Vera Hilt
Claudine Legros	Liliane Louges
Angela Mertes	Jochen Mettlen
Mike Mettlen	

Layout: Maryline Weynand

Druck:

Kliemo A.G.
Hütte 53, 4700 Eupen

Anschrift der Redaktion:

CSC Info,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers
087/85 99 59
pressedienst@acv-csc.be

Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich

ARBEITSLOSENDIENST 087/85 99 98

CSC Eupen

Sprechstunden: dienstags und donnerstags,
jeweils von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
csc.chomage.eupen@acv-csc.be

CSC St.Vith

Sprechstunden: montags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
csc.chomage.stvith@acv-csc.be

JURISTISCHE ERSTBERATUNG

Eine Frage zum Arbeitsrecht (Kündigung, Vertrag, Urlaub,....)?

Kontaktieren Sie die juristische Erstberatung *per Telefon oder Mail:*

Montags bis donnerstags

8.30 Uhr bis 12.30 Uhr und 13.30 Uhr bis 16 Uhr
Freitags 8.30 Uhr bis 12 Uhr

087/85 99 22 • csc.ostbelgien@acv-csc.be

JURISTISCHER BEISTAND

Für jeden juristischen Beistand oder für eine laufende Akte kontaktieren Sie unseren juristischen Dienst:

CSC Eupen

Sprechstunden: donnerstags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

CSC St. Vith

Sprechstunden: dienstags auf Termin
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

OFFENE SPRECHSTUNDE

CSC Eupen

Montags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr

GRENZGÄNGERDIENST LUXEMBURG

CSC St.Vith: dienstags auf Termin

087/85 99 33 • grenzganger.luxemburg@acv-csc.be

GRENZGÄNGERDIENST DEUTSCHLAND

CSC Eupen: auf Termin

087/85 99 49 • grenzganger.deutschland@acv-csc.be



www.diecsc.be



www.facebook.com/cscostbelgien



Ein Nationalkongress zum Thema Überarbeitung der Arbeit

Rund 1.000 Menschen, darunter mehr als 700 CSC-Militanten und Gewerkschaftssekretäre, versammelten sich am 17. und 18. Oktober in Brügge, um gemeinsam die Prioritäten der CSC für die nächsten vier Jahre festzulegen.

„Ein Kongress ist eine Zeit, in der wir argumentieren, zuhören, debattieren und Schlussfolgerungen ziehen. Er ermöglicht auch die Begegnung zwischen Militanten aus allen Regionen und Sektoren“, sagte An Vermorgen, Präsidentin der CSC, in ihrer Einleitung zum 37. Kongress der Gewerkschaft zum Thema „Die Arbeit überarbeiten“.

Während dieser zwei Tage gab es viele Debatten und Begegnungen, unter anderem durch die vielen Erfahrungsberichte von Militanten, die Situationen in ihren Sektoren hervorhoben. Diese Zeugnisse nahmen manchmal eine originelle Form an, wie z.B. ein Theaterstück, das die Realität atypischer Arbeitnehmer darstellte. Auch zahlreiche ausländische Delegationen ergriffen das Wort. Ein besonders starker Moment der internationalen gewerkschaftlichen Solidarität war die Übergabe einer Fahne mit dem Logo seiner Gewerkschaft durch den Vertreter einer ukrainischen Gewerkschaft.

Ausgangspunkt

In den Arbeitsgruppen definierten die Militanten aus allen Sektoren und Verbänden gemeinsam konkrete Prioritäten, die vier Jahre lang die drei Hauptthemen, die während des Kongresses entwickelt wurden, mit Leben füllen werden. „Ich fand diesen Prozess sehr bereichernd“, erklärte Charlotte, die als Militantin zum ersten Mal am CSC-Kongress teilnahm. „Ich konnte meine Meinung äußern und mich dadurch emotional viel stärker in Themen einbringen, die mir wichtig sind.“

In der Schlussrede ging die CSC-Präsidentin auf einige Ergebnisse der Arbeitsgruppen ein. „Ich höre die ausdrückliche Forderung, die Schwellenwerte für die gewerkschaftliche Vertretung in KMU zu senken. Die Teilnehmer fordern ebenfalls eine bessere Unterstützung für langzeitkranke Arbeitnehmer. Es gab auch einige interessante Vorschläge, die wir uns genauer ansehen müssen, wie zum Beispiel die Berücksichtigung langer Arbeitswege als Arbeitszeit oder die Möglichkeit für Gewerkschaftsvertreter, jede Form von prekären Verträgen abzulehnen.“ Sie richtete auch eine klare Botschaft an die nächste Regierung: „Sie muss verstehen, dass wir nicht akzeptieren werden, dass die Rechte der Arbeitnehmer der Vergangenheit angehören.“ Sie schloss mit den Worten: „Ein Kongress kann nicht das Ende sein. Er ist ein Anfang. Jetzt gilt es, diese Leitlinien in die Praxis umzusetzen, indem wir Einfluss auf die Politik nehmen und etwas bewirken.“

Beschluss und Bericht

Der Kongress bot den Militanten auch die Gelegenheit, über die zehn aktuellen Beschlüsse abzustimmen, die die derzeitigen politischen Prioritäten der CSC definieren, und den Tätigkeitsbericht der Gewerkschaft vorzustellen. „Gemeinsam haben wir daran gearbeitet, die Welt wünschenswert zu machen und eine inklusive und offene Gesellschaft zu gestalten“, erklärte Marie-Hélène Ska, Generalsekretärin der CSC.

Sie können den Tätigkeitsbericht der CSC (Juli 2022 - Juni 2024) einsehen unter:

https://bit.ly/rapport_activite_2024
(auf Französisch)

Arbeitslosenzahlen DG

Ende September waren in der DG 2.639 Personen arbeitslos, 261 Personen mehr im Vergleich zum September 2023. Das Arbeitsamt begründet die Zunahme mit dem saisonalen Anstieg in den Sommermonaten und den freiwillig eingetragenen Arbeitsuchenden. Die Arbeitslosenquote stieg innerhalb eines Jahres von 6,3 % auf 7,0 %. www.adg.be

Armut und Klischees

Am 17. Oktober fand der Internationale Tag der Armutsbekämpfung statt. Aus diesem Anlass war die CSC-Arbeitslosengruppe in Namur, um eine Ausstellung von Karikaturen über die Arbeitslosigkeit vorzustellen und mit Klischees zu diesem Thema aufzuräumen.

Drei Wochen Streik

Bei BVI-Physiol, einem Biopharma-Unternehmen mit Sitz im Wissenschaftspark von Sart-Tilman, sind die sozialen Beziehungen sehr angespannt. Aus diesem Grund streikte ein Großteil der Lütticher Belegschaft des US-Unternehmens drei Wochen lang. Die Beschäftigten fordern vor allem bessere Arbeitsbedingungen, mehr Anerkennung und ein gesünderes Betriebsklima, um das Wohlbefinden am Arbeitsplatz zu steigern.

Umfrage Sexismus

2016, kurz vor der #MeToo-Bewegung, führte das soziale Unternehmen Jump eine Umfrage durch, um zu erfahren, wie Frauen Sexismus wahrnehmen. Eine neue Umfrage soll nun einschätzen, wie sich die Wahrnehmung und die Erfahrung der Frauen entwickelt haben. Die Antworten werden es ermöglichen, das Plädoyer gegen Sexismus am Arbeitsplatz zu stärken und die Instrumente zur Unterstützung dieses Kampfes zu aktualisieren.

jump.research.net/r/sexism_2024

„Audi will die Arbeiter von innen heraus spalten“

Am 28. Februar 2025 soll in Forest der letzte Audi vom Band rollen, wie die Direktion vor kurzem bekannt gab. 3.000 Beschäftigte bangen um ihren Job, wenn bis dahin kein potentieller Investor gefunden werden sollte. Vergessen werden dabei die Mitarbeiter der Audi-Zulieferer. Seit über zwei Monaten kampieren Leiharbeitnehmer und Beschäftigte der Zulieferfirmen vor dem Audi-Werk, um einen fairen Sozialplan für alle zu fordern. Joaquin Malpica, CSC-Delegierter bei Rhenus Automotive, berichtet von diesem Arbeitskampf.

Warum mobilisiert ihr euch vor dem Werkstor?

Wir haben uns entschieden, vor dem Werkstor zu kampieren, weil wir den Medien und der Öffentlichkeit bewusst machen wollen, dass hinter jedem Auto, das das Werk verlässt, nicht nur die Arbeitnehmer von Audi, sondern auch von Zulieferern stehen. Wir wollen unsere Arbeit sichtbar machen, die von Audi beiseitegeschoben wird. Das ist die Herangehensweise der Chefetage: Sie spaltet die Beschäftigten von Audi und den Zulieferern, indem sie sagt, wenn sie einen Sozialplan für uns aufstellt, dann aus demselben Budget für alle. Sie will die Arbeitnehmer von innen heraus spalten. Wir warten aber auf einen guten Sozialplan, so wie die Arbeitnehmer bei Audi.

Was ist von den staatlichen Beihilfen zu halten, die Audi bekommen hat?

Das Geld vom Staat ist das Geld der Steuerzahler. Audi hat [seit 2018, Anm.d.Red.] 157 Millionen Euro an staatlichen Beihilfen erhalten. Trotzdem zieht der multinationale Konzern weg und lässt die Arbeitnehmer im Elend zurück. Das kann doch nicht sein...

Ist eine ehrgeizige Politik der europäischen Reindustrialisierung die Lösung, damit die Produktion nicht mehr aus Europa ausgelagert wird?

Das ist eine sehr komplexe Frage. Politiker und Gewerkschaften müssen eine gute Strategie entwickeln, um die Industrie in Belgien und Europa wiederzubeleben, und zwar auch im Bereich des grünen Übergangs, der Technologie und der Energie. Ohne eine Konjunkturpolitik ist das hier das Ende.



Entdecken Sie das Solidaritäts-Camp der Beschäftigten der Audi-Zulieferer über https://bit.ly/camp_Audi

Unterricht & öffentlicher Dienst: Mehrheit akzeptiert teilweise Aussetzung Jahresendprämie

Die CSC Unterricht und die CSC Öffentliche Dienste haben in ihren Instanzen eine breite Konsultation ihrer Mitglieder zu den geplanten Sparmaßnahmen der DG durchgeführt. Das Resultat dieser zahlreichen Verhandlungsrunden mit der Regierung, d. h. die Aussetzung des variablen Teils der Jahresendprämie, wurde den Mitgliedern zur Abstimmung vorgelegt und von einer Mehrheit akzeptiert.

„In zahlreichen Gesprächen mit den verschiedenen Akteuren haben wir immer herausgehört, dass das Personal für diese finanzielle Situation nicht verantwortlich ist. Daher möchten wir hervorheben, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unterrichtswesens und des Öffentlichen Dienstes einen riesengroßen Beitrag zur Sanierung des DG-Haushalts leisten werden. Wir sprechen hier von Einsparungen in Höhe von zirka fünf Millionen Euro“, erklären Viviane Leffin, Gewerkschaftssekretärin der CSC Öffentliche Dienste, und Thomas Tychon, Gewerkschaftssekretär der CSC Unterricht.

Die CSC hat in den Verhandlungen ebenfalls die Garantie der Regierung erhalten, dass - wenn sich die finanziellen Parameter wieder verbessern - unmittelbar der Sektorenausschuss einberufen wird und die daraus gewonnenen finanziellen Spielräume prioritär ins Personal investiert werden. *„Wenn es zu keinen weiteren Sparmaßnahmen oder anderen Einschnitten kommt und bei einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der DG - zum Beispiel ein föderaler Indexsprung, die Übernahme der Provinzzuständigkeit oder eine Verbesserung der makroökonomischen Parameter - und der Sektorenausschuss unmittelbar einberufen wird, garantieren wir in der DG den sozialen Frieden“*, so die beiden Gewerkschafter.



Sicherheitspersonal fordert bessere Arbeitsbedingungen

Mehr als 500 Delegierte aus der Bewachungsbranche haben sich am 22. Oktober vor den Räumlichkeiten des belgischen Unternehmerverbands FEB versammelt, um ihrer steigenden Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen. Ihr Ärger ist auf die schlechten Arbeitsbedingungen und den mangelnden Respekt zurückzuführen. Zudem prangern sie die Schikanen (Versetzungen, Kurzarbeit usw.) an, die Beschäftigte erleben, wenn sie sich über die Arbeitsbelastung oder die Arbeitsbedingungen beschweren.

Die Gewerkschaften, darunter die CSC Nahrung und Dienste, haben diese Missstände an Arxia, den Berufsverband des privaten Sicherheitssektors, weitergeleitet. Arxia scheint dieses erste Signal vernommen zu haben und hat sich verpflichtet, seine Mitglieder anzuschreiben, um die Bedeutung eines konstruktiven Sozialdialogs zu betonen und die Kunden für die Achtung des Sicherheitspersonals und seiner Arbeitsbedingungen zu sensibilisieren. Die CSC Nahrung und Dienste wird darauf achten, dass diese Worte in die Tat umgesetzt werden.

Dauerhafte Unterstützung für Kurierere

Die CSC-Dienste United Freelancers und Interim United sowie die Jung-CSC haben vor kurzem im Zentrum von Lüttich gezielt Fahrradkurierere getroffen, um diese über ihre Rechte zu informieren. Eine erfolgreiche Aktion, bei der Dutzende Arbeitnehmer angesprochen wurden. Die CSC Liège-Verviers-Ostbelgien wird diese Initiative fortsetzen, um die Kurierere weiterhin zu schützen und ihnen zu helfen, sich zu organisieren und somit ihre Rechte besser verteidigen zu können.



©stock.adobe.com



Föderalregierung: Kommt jetzt die

Wüste Arizonas?

Unsere Forderungen an die politischen Verhandlungsführer!

Die Politiker behaupten, die Sorgen der Bürger zu kennen. Wir haben rund tausend Menschen interviewt, um die Probleme zu identifizieren, die die neue Föderalregierung angehen sollte. Die Sorgen und Forderungen der Bürger haben wir zusammengefasst, um darzulegen, was wir von der „Arizona“-Koalition erwarten.

Die Arbeitnehmer streben nach höheren Löhnen

Eine Lohnerhöhung hat für drei von vier Bürgern Priorität, mehr als 40 % halten sie für unerlässlich. Andere Umfragen bestätigen die Bedeutung der Kaufkraft. Die Hälfte der Befragten glaubt, dass eine Lohnerhöhung angesichts der finanziellen Situation der Unternehmen möglich ist, aber die Lohnverhandlungen sind derzeit blockiert.

4 von 10 Personen klagen häufig über berufsbedingte gesundheitliche Probleme

Unser Land hat eine wenig schmeichelhafte Bilanz: Es zählt mehr als 500.000 Langzeitkranke. Mehr als die Hälfte der Menschen, die aufgrund von Krankheit oder Unfall längere Zeit zu Hause bleiben, haben das Gefühl, dass die Ursache für ihre Invalidität zumindest teilweise arbeitsbedingt ist. Auch die Arbeitnehmer sind mit einer zunehmenden Zahl von gesundheitlichen Problemen konfrontiert.

Vier von zehn Erwerbstätigen stellen fest, dass die Arbeit oft einen negativen Effekt auf ihre Gesundheit hat. Dies ist eine weit verbreitete Realität, insbesondere für Frauen, Geringqualifizierte und Geringverdiener.

Den Haushalt ausgleichen... indem man die großen Vermögen dazu bringt, mehr beizutragen!

Unser Land steuert für 2025 auf ein Haushaltsdefizit von 4,7 % zu. Und das in einer Zeit, in der die Alterung der Bevölkerung, der Klimawandel und der Krieg vor unserer Tür stehen. Bei der Frage nach den Optionen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen befürwortete eine große Mehrheit der Befragten eine jährliche Steuer von mindestens einem Prozent auf Vermögen von über einer Million Euro. Sieben von zehn Befragten stuften sie als eine der ersten drei Optionen ein, und sechs von zehn Befragten setzten sie an die Spitze.

... aber nicht, indem die soziale Sicherheit, die Indexierung oder die öffentlichen, kollektiven und nicht-kommerziellen Dienstleistungen angegriffen werden.

Während die große Mehrheit der Befragten der Meinung ist, dass die großen Vermögen zu einem besseren Ausgleich der Staatsfinanzen beitragen können, stoßen Drohungen mit drastischen Einschnitten bei der Sozialversicherung, der Indexierung und den öffentlichen Dienstleistungen auf sehr negative Reaktionen. Gerade einmal einer von fünf Befragten (18 %) würde Kürzungen bei Renten, Krankengeld oder Arbeitslosengeld akzeptieren, um den Staatshaushalt zu verbessern.

Nur eine Minderheit (17 %) ist bereit, zur Sanierung der öffentlichen Finanzen auf die automatische Indexierung von Löhnen, Renten oder Zulagen zu verzichten.

Die Ablehnung von Einsparungen bei öffentlichen Diensten wie der Bahn, dem Busverkehr, der Kinderbetreuung, dem Gesundheitswesen, der Polizei oder der Justiz ist sogar noch ausgeprägter. Nur knapp jeder Achte (13 %) würde dies befürworten. ■



www.diecsc.be/arizona



Recht auf ein angemessenes Einkommen mit Arizona?

Belgien hat seine Kaufkraft dank der automatischen Indexierung bewahrt

Während die durch die Energiekrise verursachte beispiellose Inflation in den Jahren 2022 und 2023 fast überall auf der Welt zu einem starken Kaufkraftverlust geführt hat, haben sich die Einkommen in Belgien verbessert. Das geht aus Zahlen hervor, die die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Sommer 2023 veröffentlicht hat.

Im Durchschnitt lagen die Reallöhne – also die an den Anstieg der Lebenshaltungskosten angepassten Löhne – in den OECD-Ländern im Jahr 2023 um rund 3,8 % niedriger als im Vorjahr. Länder wie Ungarn und Tschechien verzeichneten sogar einen Kaufkraftverlust von mehr als 10 Prozent. Im Gegensatz dazu stieg die Kaufkraft in Belgien im gleichen Zeitraum um 2,9 %, was den größten Zuwachs aller OECD-Länder darstellt. Dieser Anstieg ist deutlich höher als bei seinen engsten Konkurrenten Costa Rica (1,7 %), Israel (0,6 %) und den Niederlanden (0,4 %).

Dies verdanken wir vor allem unserer automatischen Lohnindexierung, die es ermöglicht, die Löhne bei steigenden Lebenshaltungskosten schnell anzupassen, während dies in anderen Ländern einen langsameren und unsicheren Lohnverhandlungsprozess erfordert.

Dies steht im Einklang mit der Tatsache, dass das Wirtschaftswachstum in Belgien besser war als in den Nachbarländern und als im europäischen Durchschnitt. Laut einigen Zahlen der Europäischen Kommission sorgte der Erhalt der Kaufkraft im Jahr 2023 für ein Wachstum von 1,5 %, verglichen mit einem europäischen Durchschnitt von 0,5 %. Die deutsche Wirtschaft ist sogar geschrumpft.

Kurzum, die automatische Indexierung schadet dem Wachstum nicht. Im Gegenteil. ■

UND DOCH WILL DER REGIERUNGSBILDNER DEN INDEX IMMER NOCH MANIPULIEREN!

Ein Anstieg der Lebensmittelpreise aufgrund der Gier der Lebensmittelproduzenten

Während der Energiekrise stiegen unter anderem die Preise für Nudeln und Fritten stärker als nötig, um den Anstieg der Produktionskosten zu decken. Dies ergibt sich aus einer Analyse der Betriebsergebnisse der belgischen Lebensmittelhersteller. Die CSC analysierte die Ergebnisse von 2022 und kam zu dem Schluss, dass die Erzeuger lediglich darauf aus waren, ihre Gewinne zu steigern. Profite wurden vor allem in der verarbeitenden Industrie und im Rohstoffhandel erzielt, wo Spekulationen die Preise in die Höhe schnellen ließen.

Die belgischen Supermärkte haben nicht von der Krise profitiert: Obwohl ihre Einnahmen gestiegen sind, folgten die Kosten proportional. Es waren die großen Lebensmittelkonzerne (jene, die mehr als 200 Mitarbeiter beschäftigen), die zwischen 2021 und 2022 einen enormen Gewinnanstieg verzeichneten.

Vor allem sieben Unternehmen haben den Jackpot geknackt: Clarebout Potatoes, Lutos, Agristo, Soubry, die Zuckerraffinerie Tienen, Tereos und Cargil. Ihre Gewinne haben sich versechsfacht. Und das, obwohl diese Unternehmen ihre Produktion nicht dramatisch gesteigert haben. Diese Profite wurden nicht verwendet, um die Löhne und Arbeitsbedingungen ihrer Mitarbeiter zu verbessern. Eine Steuer auf Übergewinne würde diese Gier etwas dämpfen. ■

UND DOCH WILL DER REGIERUNGSBILDNER DIE UNTERNEHMENSSTEUER SENKEN!



Immer mehr Belgier haben zwei Jobs, um über die Runden zu kommen

Laut einer Studie des HR-Dienstleistungsunternehmens Acerta, die sich auf Eurostat-Daten stützt, haben 5 % der Belgier zwei Jobs. Das ist ein Viertel mehr als noch vor zehn Jahren. Im Vergleich zu den Nachbarländern steigt diese Zahl auch schneller. Interessanterweise ist die Zahl der Bürger, die zwei Jobs gleichzeitig ausüben, über einen Zeitraum von zehn Jahren um 68 % gestiegen. „Viele Bürger müssen sich nach einem zusätzlichen Einkommen umsehen“, sagt Maarten Gerard, Leiter des Studiendienstes der CSC. „Die Flexi-Job-Regelung begünstigt diesen Trend. Die Zahlen zur Beschäftigungsfähigkeit auf unserem Arbeitsmarkt weisen jedoch bereits auf Probleme mit der Arbeitsbelastung hin. Die Situation wird sich durch die Kumulierung von Arbeitsplätzen nicht verbessern.“ ■

UND DOCH WILL DER REGIERUNGSBILDNER DAS LOHNNORMGESETZ NICHT ANPASSEN!





Recht auf eine ausgewogene Karriere mit Arizona?

Rony (58 Jahre): „Der Zeitkredit ermöglicht es mir, weiter zu arbeiten“

Vor zehn Jahren hat die Regierung Michel, angeführt von der N-VA und der Open Vld, das Rentenalter angehoben. Die Maßnahme wird am 1. Februar 2025 ihre ersten konkreten Auswirkungen entfalten und das gesetzliche Rentenalter von 65 auf 66 Jahre anheben. Gleichzeitig stieg das Alter für den Zugang zu einem Zeitkredit am Laufbahnende (um 1/2 oder 1/5) im Jahr 2014 auf 60 Jahre. Die N-VA erwägt, alle Formen des Zeitkredits weiter zu reduzieren, und das jetzt, wo viele Arbeitnehmer bereits Schwierigkeiten haben, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen!

Rony arbeitet seit er achtzehn ist. Seit mehr als zwanzig Jahren arbeitet er im Betreuungsservice für Menschen mit eingeschränkter Mobilität am Flughafen Brüssel. „Auf dem Flughafen geht es sehr hektisch zu. In den letzten Jahren lastet die Schwere der Arbeit auf mir: die varia-

blen Arbeitszeiten, der mangelnde Respekt einiger Passagiere... Ich erhole mich immer langsamer, aber ich liebe meinen Job und möchte mich nützlich machen. Ich könnte nicht mehr Vollzeit arbeiten, und die zusätzliche Ruhe, die mir mein Zeitkredit am Laufbahnende bietet – ich arbeite vier Fünftel – ermöglicht es mir, weiterzuarbeiten. Ich verdiene weniger als vorher, aber zum Glück bekomme ich eine kleine Zulage. Ohne diese Zulage wäre es nicht machbar.“ ■



© Bart Dewaele

UND DOCH BEABSICHTIGT DER REGIERUNGSBILDNER, DIE ZEITKREDITE ZU REDUZIEREN!

Die Vorsitzenden der Arizona-Parteien sind nicht frauenfreundlich!

Die Frauen zahlen einen hohen Preis dafür!

Die Absichten von Bart De Wever dürften einen starken Einfluss auf die Geldbörsen von Frauen haben. Seine Note sieht verschiedene Maßnahmen oder Anpassungen bestehender Regelungen vor, die in der Praxis vor allem Frauen betreffen werden. Obwohl die vorgeschlagenen Interventionen neutral erscheinen mögen, ist es tatsächlich viel wahrscheinlicher, dass sie Frauen betreffen.

Was haben die Frauen zu verlieren?

ABSCHAFFUNG DES EHEKOEFFIZIENTEN: - 5.680 EURO / JAHR

Yves und Catherine sind beide 54 Jahre alt und haben zwei Kinder. Vor einiger Zeit beschloss Catherine, zu Hause zu bleiben, um sich um die Familie zu kümmern. Yves verdient 4.000 Euro brutto. Wenn die Note von Bart De Wever umgesetzt wird, müssen Yves und Catherine 5.680 Euro an zusätzlichen Steuern zahlen. Heute wird bei der Steuerberechnung ein Teil des Einkommens des Partners künstlich der Person zugewiesen, die weniger verdient. Die Steuern sind somit für Ehepaare oder Lebensgefährten, die sich in dieser Situation befinden, niedriger.

ABSCHAFFUNG ZEITKREDIT AM LAUFBAHNENDE: - 466,57 EURO NETTO / MONAT

Die Zunahme der Anzahl langzeitkranker Frauen wird erhebliche Auswirkungen haben. Fast sechs von zehn Langzeitkranken sind Frauen, und die möglichen Ursachen sind in den vielen Beschwerden aus „typisch“ weiblichen Bereichen, wie Pflege oder Dienstleistungsschecks, zu finden. Aus einer Studie geht hervor, dass drei Viertel von ihnen unter physischen oder psychischen Problemen leiden, die mit ihrer Arbeit zusammenhängen, und dass sie nicht die Möglichkeit eines Zeitkredits am Laufbahnende haben. Nehmen wir das Beispiel von Céline, die als Haushaltshilfe halbtätig im Rahmen eines Zeitkredits am Laufbahnende arbeitet, um ihre Arbeit erträglich zu machen. Wenn ihr Zeitkredit am Laufbahnende gestrichen wird und ihre Symptome „nicht schwerwiegend genug“ sind, um als Vollinvalide anerkannt zu werden, verliert sie 466,57 Euro netto pro Monat. Auch ihre Rente wird geringer ausfallen: 251,30 Euro brutto weniger pro Monat.

AUSBAU VON ÜBERSTUNDEN UND NACTARBEIT: - 160 EURO BRUTTO AN RENTE

Italo und Jessica arbeiten beide 38 Stunden pro Woche, aber da sie keine geeignete Lösung für die Betreuung ihrer Kinder finden, beschließt Jessica, ihre Arbeitszeit auf 31 Stunden pro Woche zu reduzieren. Um diesen Einkommensverlust auszugleichen, beschließt Italo, jede Woche Überstunden zu machen. Er arbeitet also 45 Stunden pro Woche. Er verdient 284 Euro netto mehr im Jahr, im Durchschnitt kaum 24 Euro mehr im Monat. Die Folgen werden sich erst später bemerkbar machen, denn wenn das Paar dieses System 20 Jahre lang beibehält, verliert Jessica 160 Euro brutto an Rente. ■



© Belga Image



Täglich nutzen wir öffentliche, kollektive und nicht-kommerzielle Dienste. Sabotiert sie nicht mit Sparmaßnahmen, sondern stärkt sie!

Wir nehmen alle täglich den einen oder anderen öffentlichen, kollektiven und nicht-kommerziellen Dienst in Anspruch, oft ohne darüber nachzudenken. Um die Qualität dieser Dienstleistungen zu erhalten, wird natürlich Geld benötigt. Wir müssen in Personal und Infrastruktur investieren. Ist das wegen der Löcher in den Staatskassen unmöglich? Auf keinen Fall! Heute beraubt sich der Staat (freiwillig?) vieler Einnahmen. Hier muss nach Einnahmequellen gesucht werden, Herr De Wever!



€ **3 Milliarden**

Beugen Sie Muskel-Skelett-Erkrankungen (MSK) vor!

Diese häufig durch die Arbeit verursachten MSK sind ein großes Problem und sehr teuer. Etwa zweieinhalb Millionen Belgier leiden darunter. 150.000 von ihnen sind deshalb langzeitkrank. Durch eine bessere Prävention am Arbeitsplatz könnten bis zu 3 Mrd. Euro an direkten medizinischen Kosten eingespart werden.



€ **1,75 Milliarden**

Zuschüsse für Unternehmen nur, wenn sie sinnvoll sind!

Im Vergleich zu seinen Nachbarn gibt Belgien von seinem Bruttoinlandsprodukt zwei Prozent mehr aus für wirtschaftliche Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen. Berichte zeigen jedoch, dass nicht jeder ausgegebene Euro notwendigerweise zur Steigerung der Produktivität oder zur Schaffung von Arbeitsplätzen beiträgt. Während ein Teil der Subventionen sinnvoll eingesetzt wird, werden immer mehr Subventionen nur dazu verwendet, die Gewinne der Unternehmen zu steigern.



€ **560 Millionen**

Beenden Sie Aktienoptionen für die bestbezahlten Mitarbeiter!

Eine kleine Gruppe privilegierter Arbeitnehmer hat die Möglichkeit, die Aktien des Arbeitgebers als Teilvergütung zu kaufen. Mehr als die Hälfte dieser Arbeitnehmer verdient rund 100.000 Euro pro Jahr. Sie können also neben ihrem komfortablen Gehalt Börsenprodukte erwerben, ohne Steuern und Beiträge zu zahlen, und diese Aktien dann schnell mit Gewinn verkaufen.



€ **4,78 Milliarden**

Machen Sie elektronische Rechnungen für Unternehmen zur Pflicht!

Bei der Rechnungsverarbeitung entsteht in unserem Land immer noch ein erheblicher Papierkram, insbesondere in Unternehmen. Diese manuelle Arbeit ist besonders anfällig für Betrug und Fehler. Die öffentliche Hand könnte die Unternehmen jedoch leicht dazu zwingen, Rechnungen elektronisch zu erstellen und zu verarbeiten. Diese Maßnahme würde rund 5 Milliarden Euro einbringen.



€ **5 Milliarden**

Führen Sie eine Vermögenssteuer ein!

Eine Vermögenssteuer ist eine Steuerabgabe, die auf das Vermögen selbst erhoben wird. Eine solche Besteuerung würde jährliche Einnahmen von mindestens 5 Mrd. Euro generieren.



€ **1 Milliarde**

Lassen Sie Selbstständige einen fairen Beitrag zu ihrer Rente leisten!!

Seit 2021 ist die Berechnung der Rente für Arbeitnehmer und Selbstständige gleichgestellt. Die Beiträge der Selbstständigen an die Pensionskasse haben jedoch nicht mit dem Anstieg ihrer Renten Schritt gehalten. Langfristig sprechen wir von einem Loch von fast einer Milliarde Euro in den Haushalten. ■

UND DOCH WILL DER REGIERUNGSBILDNER DIE ÖFFENTLICHEN DIENSTE ABBAUEN, UM DIE REICHSTEN ZU VERSCHONEN!



CSCBIE-Info

Ruhetage im Baufach

Der Hauptzeitraum der Ruhetage im Baufach beginnt am Montag, dem 23. Dezember 2024, und endet am Freitag, dem 3. Januar 2025. Ab diesem Jahr wird diese Entschädigung ab dem 12. Dezember 2024 automatisch auf Ihr Konto überwiesen. Sie erhalten kein Formular. Es ist daher sehr wichtig, dass Ihre persönlichen und beruflichen Angaben bei der CSC korrekt sind.

Sollten Ihre Daten aus irgendeinem Grund nicht korrekt sein, erhalten Sie in der zweiten Dezemberhälfte 2024 ein Formular. Senden Sie dieses so schnell wie möglich mit Ihrer IBAN-Nummer an die CSC, damit wir Ihre Ruhetage noch bezahlen können.

Es ist sehr wichtig, dass Ihre persönlichen und beruflichen Angaben, die der CSC bekannt sind, korrekt sind. Besuchen Sie die Homepage der CSC (www.diecsc.be) und prüfen Sie noch heute Ihre Angaben unter „Meine CSC“. Melden Sie sich mit Ihrer eID oder über itsme an? In diesem Fall können Sie Ihre persönlichen und beruflichen Angaben sofort ändern. So profitieren Sie von einer automatischen Zahlung.

Wenn Sie Mitglied werden und Ihre Angaben korrekt sind, wird Ihre Ruhetage-Entschädigung ab dem 12. Dezember 2024 direkt auf Ihr Bankkonto überwiesen. Auf diese Weise erhalten Sie als Mitglied schneller Ihren Ausgleich und profitieren von vielen weiteren Vorteilen der CSC.

Zu Ihrer Information: Mittwoch, 25. Dezember 2024, und Mittwoch, 1. Januar 2025, sind Feiertage. Das bedeutet, dass Sie für diese Tage Urlaubsgeld von Ihrem Arbeitgeber erhalten. Die Ruhetage am 2. und 3. Januar 2025 werden im Dezember 2025 ausgezahlt.

Treuemarken: Auszahlung ab 28.10.

Wenn Sie Mitglied der CSC sind und im Baugewerbe arbeiten, haben Sie Anspruch auf Treuemarken. Die Treuekarte wurde ab dem 30. September an Ihre Privatadresse geschickt.

Sobald Sie die Karte erhalten:

- Tragen Sie Ihre Bankkontonummer auf dieser Karte ein;
- Achten Sie darauf, dass Sie Ihre Gewerkschaftsbeiträge bezahlt haben;
- Werfen Sie die Karte in den CSC-Briefkasten oder geben Sie sie in einem CSC-Sekretariat ab.

Die Bezahlung Ihrer Treuemarken erfolgt ab dem 28. Oktober. Der Betrag, den Sie erhalten, entspricht 9 % des hundertprozentigen Bruttolohnes, den Sie im Zeitraum vom 1. Juli 2023 bis einschließlich 30. Juni 2024 verdient haben.

Baufach-News

Krankenhausversicherung

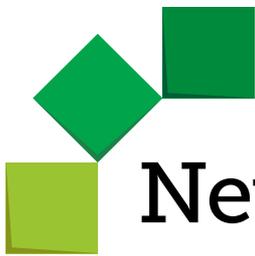
Die Prämie für die Krankenhausversicherung wird indexiert. Die Prämien für 2025 belaufen sich auf 205 Euro für Erwachsene und 101 Euro für Kinder. Wenn Sie sich für einen Abzug der Prämie von Ihren Treuemarken entschieden haben, müssten Sie im Laufe des Monats September ein Schreiben von Constructiv mit detaillierten Informationen erhalten haben. Wenn Sie sich für die Zahlung per Banküberweisung entschieden haben, erhalten Sie Anfang Dezember eine Zahlungsaufforderung.

Rentenauszug

Im Oktober 2024 erhalten Sie Ihren Rentenauszug, der die aktuelle Höhe Ihrer sektoralen Zusatzrente angibt.

Frostkarte

Ab dem 7. Oktober wurden die Frostkarte versandt. Bewahren Sie diese sorgfältig auf, denn sie ist die Grundlage für eine Reihe von Vorteilen, die innerhalb des Sektors gewährt werden. Sie ist vom 1. Oktober 2024 bis einschließlich 30. September 2025 gültig und bezieht sich auf Ihre Leistungen, die Sie zwischen dem 1. Januar 2023 und dem 31. Dezember 2023 im Sektor erbracht haben.



Neue Löhne



Sägereien PK 125.02

Mindeststundenlöhne ab 1. Oktober 2024

QUALIFIZIERUNG	38 Std/ Woche	39 Std/ Woche	40 Std/ Woche
Nicht qualifiziert, bei Einstellung	16,12 €	16,12 €	15,31 €
Nicht qualifiziert, nach 6 Monaten	16,19 €	16,19 €	15,38 €
Spezialisiert	16,41 €	16,41 €	15,59 €
Qualifiziert	16,65 €	16,65 €	15,82 €
Überqualifiziert	17,28 €	17,28 €	16,42 €
Mindestlöhne Straßentransport			
Mindestlohn	16,41 €		
RGPT	0,73 €		

Holzhandel PK 125.03

Mindeststundenlöhne ab 1. Oktober 2024

QUALIFIZIERUNG	38 Std/ Woche
Nicht qualifiziert, bei Einstellung	16,36 €
Nicht qualifiziert, nach 6 Monaten	16,73 €
Spezialisiert	16,97 €
Qualifiziert	17,25 €
Überqualifiziert	17,48 €
Mindestlöhne Straßentransport	
Mindestlohn	16,97 €
RGPT	0,67 €

Baufach PK 124

Mindeststundenlöhne ab 1. Oktober 2024

QUALIFIZIERUNG	Löhne
Kat. I (Handlanger)	17,739 €
Kat. IA (1. Handlanger)	18,622 €
Kat. II (Spezialisierter)	18,913 €
Kat. IIA (Hochspezialisierter)	19,855 €
Kat. III (Qualifizierter I)	20,112 €
Kat. IV (Qualifizierter II)	21,348 €
Kolonnenführer A (Q.I)	22,123 €
Kolonnenführer B (Q.II)	23,483 €
Vorarbeiter	25,618 €
Studenten (Ausbildung Baugewerbe)	17,739 €
Studenten (ohne Ausbildung Baugewerbe)	17,739 €
Fahrer von Betonmischer und Führer von Betonpumpen	
Berufsneulinge (Kat. III)	20,112 €
Nach 1 Jahr und Erhalt der Bescheinigung (Kat. IV)*	21,348 €

Trennzulage:
 Unterkunft 16,04 € + Verpflegung 33,58 € = 49,62 € / Tag

* Berufsneulinge, die in ihrem ersten Erfahrungsjahr in dieser Funktion zwecks Erhalt der Bescheinigung nicht zu der Ausbildung eingeschrieben wurden, kommen sofort in die Kategorie IV.

Möbel und Holzverarbeitung PK 126

Mindeststundenlöhne ab 1. Oktober 2024

QUALIFIZIERUNG	40 Std/ Woche	39 Std/ Woche	38 Std/ Woche	37 Std./20/ Woche
Kategorie I	17,304 €	17,748 €	18,215 €	18,540 €
Kategorie II	16,843 €	17,275 €	17,730 €	18,046 €
Kategorie III	16,403 €	16,823 €	17,266 €	17,574 €
Kategorie IV	15,911 €	16,319 €	16,748 €	17,048 €
Kategorie V	15,408 €	15,803 €	16,219 €	16,509 €



Bau-Industrie & Energie

CSCBIE

Liège-Verviers-Ostbelgien
 bie.liege@acv-csc.be
 087 85 99 66



Eine soziale Sicherheit für Lebensmittel in Belgien?

Vor kurzem organisierte die Arbeitslosengruppe der CSC ein Symposium über die soziale Sicherheit im Lebensmittelsektor. Dieses innovative Konzept möchten wir Ihnen vorstellen.

Die soziale Sicherheit für Lebensmittel (SSL) ist eine Initiative, die den Zugang zu gesunden und nachhaltigen Lebensmitteln für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleisten möchte. In Belgien verbreitet sich diese Idee in einem Kontext, in dem Ernährungsungleichheiten und Umweltbelange an Bedeutung zunehmen. Die aufeinander folgenden Krisen (Pandemie, Krieg in der Ukraine, Energie- und Umweltkrise usw.) haben die Verwundbarkeit eines weitgehend vernetzten Lebensmittelsystems deutlich gemacht, dessen Lieferketten offenbar fragil sind. Diese Krisen haben dramatische Auswirkungen auf die notleidenden Bevölkerungsgruppen. Angesichts unbefriedigender politischer Antworten sowohl in Bezug auf den Abbau von Ungleichheiten als auch auf die Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Systemen, die den großen Akteuren der Industrie untergeordnet sind, muss unser Ansatz für Lebensmittel überdacht werden. In dieser Hinsicht und obwohl die CSC keine ausdrückliche Position zur SSL hat, ist die Frage der Ernährung eine echte Gewerkschaftsangelegenheit.

Die Ziele der SSL

Die SSL zielt darauf ab, den universellen Zugang zu gesunden Lebensmitteln zu gewährleisten, indem sie sicherstellt, dass jeder Bürger Zugang zu nahrhaften und hochwertigen Lebensmitteln hat. Die Christliche Arbeiterbewegung (CAB), zu der auch die CSC gehört, bietet einen sehr konkreten Ansatz für ihr Prinzip. „Es ginge darum, jedem Bürger, unabhängig von Alter oder finanzieller Situation, einen Betrag zu gewähren, der letztendlich

150 Euro pro Monat betragen soll und der dem Kauf von Lebensmitteln bei zugelassenen Akteuren (Produzenten, Händler, Verarbeiter) vorbehalten wäre. So könnte jeder vom Status des ‚Bedürftigen‘ (der z.B. Nahrungsmittelhilfe benötigt) zum Status des ‚Berechtigten‘ (der Recht auf Zugang zu qualitativ hochwertigen Lebensmitteln hat und auswählen kann) übergehen.“ Weitere Ziele der SSL sind die Förderung der Nachhaltigkeit durch die Förderung umweltfreundlicher landwirtschaftlicher Praktiken und die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung. Für die CAB „würde es darum gehen, sich auf Produkte zu einigen, die eine Reihe von Kriterien erfüllen: Nähe, Nachhaltigkeit, fairer Preis für den Verbraucher und faire Vergütung für die Wirtschaftsakteure. Diese Produkte müssen auch die lokale, soziale und Kreislaufwirtschaft unterstützen. Sie könnten einem Label entsprechen.“

Soziale Sicherheit für Lebensmittel: ein durchsetzbares Recht

Es besteht ein großer Unterschied zwischen SSL und dem Recht auf Nahrung. Das Recht auf Nahrung ist ein Grundrecht, das in vielen Verträgen verankert ist und die Regierungen verpflichtet, den Zugang zu Nahrung zu gewährleisten. Ein Grundrecht gewährt den Bürgern jedoch grundsätzlich keine subjektiven Rechte. Mit anderen Worten: Die Justiz ist nicht dafür zuständig, die Einhaltung des Rechts auf Nahrung zu überwachen und zu gewährleisten. Eine Person kann nicht vor Gericht gehen, wenn sie der Ansicht ist, dass die Bestimmungen dieses Grundrechts ihr gegenüber nicht eingehalten werden. Das Recht auf soziale Sicherheit hingegen ist ein durchsetzbares Recht, das es seinem Inhaber ermöglicht, die Ausübung seines Rechts zu erwirken.



Schließlich zielt die SSL auch darauf ab, die Widerstandsfähigkeit des Lebensmittelsystems zu stärken, indem ein System geschaffen wird, das Wirtschafts-, Gesundheits- und Umweltkrisen standhalten kann, sowie das Bewusstsein der Menschen für die Vorteile einer ausgewogenen Ernährung und die Umweltauswirkungen ihrer Lebensmittelauswahl zu schärfen.

Hindernisse

Natürlich gibt es viele Hindernisse auf dem Weg zur Einrichtung einer sozialen Sicherheit für Lebensmittel. Ihre Finanzierung zum Beispiel. Die CAB schlägt eine mögliche Lösung vor: *„Die SSL könnte durch eine Erhöhung der Beiträge auf die Löhne der Arbeitnehmer und Unternehmen finanziert werden sowie, wenn möglich, durch eine Erhöhung eines Beitrags auf die anderen Einkünfte (Immobilien, Finanzen, Soziales usw.). Denkbar wäre auch eine staatliche Beteiligung, die zum Beispiel durch eine Steuer auf die Gewinne multinationaler Unternehmen im Agrar- und Lebensmittelsektor und im Massenvertrieb oder durch eine Erhöhung der Verbrauchsteuern auf ernährungsmäßig ungesunde Produkte erfolgen könnte.“* Die Einführung der SSL würde eine komplexe Koordinierung zwischen den vielen Akteuren und Gliedern in der Kette erfordern. Sie benötigt aber auch einen starken politischen Willen, um einen soliden Rechtsrahmen zu schaffen und nicht zuletzt die Bevölkerung zu neuen Essgewohnheiten zu bewegen, was schwierig wäre. Das sind die aktuellen Hindernisse für die Umsetzung einer SSL.

Vorteile

Wenn am Ende eines zweifellos sehr langen Prozesses eine SSL das Licht der Welt erblicken würde, wären die Vorteile für die Bürger, die Gesellschaft und die soziale Sicherheit beträchtlich. Durch die Gewährleistung des universellen Zugangs zu hochwertigen Lebensmitteln könnte die SSL die Ernährungsarmut verringern und dazu beitragen, die Gesundheitskosten zu senken. Eine gesunde und ausgewogene Ernährung beugt vielen chronischen Krankheiten wie Diabetes, Fettleibigkeit und Herz-Kreislauf-Erkrankungen vor und reduziert die Ausgaben für das öffentliche Gesundheitswesen erheblich. Durch die Förderung von kurzen Wegen und lokalen Produkten könnte die SSL auch die lokale Wirtschaft ankurbeln und Fortschritte hin zu

Lebensmittel: die Position der CSC

Die Gewährleistung gesunder und zugänglicher Lebensmittel für alle war eine der Hauptleitlinien des wallonischen CSC-Kongresses „Gut leben“ im Mai 2022. Zu diesem Zweck beabsichtigt die Gewerkschaft, mehrere politische Maßnahmen zu entwickeln, die sich auswirken auf:



- ✓ die Preise: Es muss sichergestellt werden, dass lokale und qualitativ hochwertige Produkte finanziell erschwinglich sind;
- ✓ die Unterstützung neuer lokaler Erzeuger, die auf die Qualität ihrer Produkte und Umweltschutz achten;
- ✓ die Bildung: durch das Angebot kostenloser gesunder Mahlzeiten in den Schulen und durch die Aufnahme von Informationen über die Produktionsbedingungen und die Auswirkungen einer gesunden Ernährung in die Lehrpläne;
- ✓ die Sensibilisierung für verantwortungsvollen Konsum;
- ✓ soziale Bindungen durch Initiativen wie Gemeinschaftsgärten, die von den lokalen Behörden unterstützt werden.

einem veränderten Landwirtschaftsmodells ermöglichen, das besser mit dem ökologischen Wandel im Einklang steht. Mit anderen Worten: Die SSL könnte nicht nur die Gesundheit und das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger verbessern, sondern auch die belgische Wirtschaft nachhaltig und gerecht stärken.



Sparpolitik, das falsche Heilmittel gegen Defizite

/// Mit dem Amtsantritt der neuen Regierungen kehrt auch die Sparpolitik zurück. Ist diese Politik gerechtfertigt? Eine Antwort darauf finden Sie in diesem Artikel.

Eine Spar- oder Austeritätspolitik ist eine Wirtschaftspolitik, bei der eine Regierung beschließt, weniger Geld auszugeben. Das mag vernünftig erscheinen, vor allem wenn es schlecht um die Finanzen steht. In Wirklichkeit bedeutet es aber oft weniger Geld für die öffentlichen Dienstleistungen wie Krankenhäuser, Schulen und sogar Kindergärten, was sich direkt auf den Alltag der Bürger auswirken kann.

Es gibt zwei Gründe für diese Rückkehr zur Austerität: Europa und rechte Regierungen.

Zum einen die neuen europäischen Haushaltsregeln, die im Juni verabschiedet wurden. Diese führen die Defizit- und Schuldenregeln, die während der Corona-Pandemie ausgesetzt worden waren, wieder ein, fügen neue Regeln hinzu und geben der EU-Kommission zum ersten Mal das Recht, in den Haushaltspfad der Staaten einzugreifen. Die für Belgien festgelegte Marschrichtung sieht Einsparungen in Höhe von 27 Milliarden Euro in den kommenden vier Jahren vor. Belgien hat seit den 1990er Jahren, als es der Eu-

rozone beitreten wollte, keine derartigen Haushaltsanstrengungen mehr unternommen.

Zum anderen die Regierungen, die aus den Wahlen vom 9. Juni hervorgegangen sind. Diese Regierungen stehen weiter rechts und begrüßen die Sparpolitik, die Teil ihres Programms ist. Die im Juli gebildete wallonische Regierung von MR und Les Engagés will die europäischen Forderungen erfüllen und sogar noch weiter gehen. Sie kündigt an, eine „goldene Regel“ für den wallonischen Haushalt einführen zu wollen, d.h. ein Gesetz, das die wallonische Verschuldung unter ein bestimmtes Niveau senken und halten soll. Sie kündigt an, dass die Haushaltsanstrengungen durch eine Senkung der Einnahmen, d.h. der Steuern, und der Ausgaben erfolgen werden. Die Schulden werden also mit sinkenden Einnahmen abgebaut, was zu starken Ausgabenkürzungen führen wird. Es wird nicht ausreichen, die Zahl der Minister und der Gemeinderatsmitglieder zu verringern, um das Geld aufzutreiben. Der Öffentliche

Dienst, also der Bürger, wird zwangsläufig betroffen sein. In der politischen Erklärung ist von einer „Gewichtsabnahme des öffentlichen Apparats“ die Rede.

Schuldenphobie: Japan ist höher verschuldet als Belgien

Was ist besser als eine gute Schuldenphobie, um den sauren Sparapfel zu versüßen? Die wallonische Regierung betont unablässig, dass „die öffentlichen Finanzen in Wallonien in einem katastrophalen Zustand sind“. Doch statt Slogans zu wiederholen, sollte man etwas auf Distanz gehen. Japan hat eine Schuldenquote von 245 % des BIP. In den letzten 17 Jahren lag diese Quote immer über 150 % des BIP und ist sogar kontinuierlich gestiegen. Folglich müsste Japan laut der Logik von MR-Les Engagés bankrott sein, was jedoch nicht der Fall ist. Japan hat keine Schwierigkeiten, seine Staatsschulden auf den Finanzmärkten zu verkaufen. Die Schulden sind ein sicherer, für die Finanzmärkte unverzichtbarer Ver-

mögenswert, da die japanische Zentralbank nicht zögert, die Schulden aufzukaufen, wenn es Schwierigkeiten gibt. Daher bleiben die Investoren ruhig. Wie sieht es mit Belgien aus? Mit einer Staatsverschuldung von 105 % des BIP, also deutlich weniger als in Japan, sollte man eigentlich beruhigt sein. Aber die Lage ist nicht so klar, denn es ist die Europäische Zentralbank (EZB), die befugt ist, belgische Schulden im Falle von Schwierigkeiten aufzukaufen. Und dies tut sie nach eigenem Ermessen. Im Jahr 2010 weigerte sich die EZB, die Schulden Griechenlands aufzukaufen, was der wahre Grund für die schwere Krise des Landes war.

Würde Belgien das gleiche Schicksal ereilen, wenn es seine Schulden nicht sehr schnell abbaut? Das ist sehr unwahrscheinlich. Die wirtschaftlichen Fundamente Belgiens sind viel besser als die Griechenlands im Jahr 2010. Außerdem hat sich die EZB weiterentwickelt. Im Falle einer Krise kommt sie den Staaten zu Hilfe, wie man während der Corona-Krise gesehen hat. Und schließlich sind Staatsschulden zum Grundpfeiler des Finanzsystems geworden, der für die Finanzakteure unverzichtbar ist. Das bringt die EZB noch mehr in Zugzwang. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein Schuldenschnitt für Wallonien oder Belgien keine lebenswichtige Frage ist. Er würde sich zudem negativ auswirken, indem er das Wirtschaftswachstum verringert und die Schuldenquote erhöht. Zwischen 2010 und 2014, einer Zeit der Sparmaßnahmen, die wie heute von Europa auferlegt wurden, stieg die Schuldenquote Belgiens von 109 % des BIP auf 131 % an. Es gibt andere Dringlichkeiten: die Anpassung unserer Gesellschaft an den Klimawandel, die Neufinanzierung der ausgebluteten öffentlichen Dienste wie Justiz, Kindergärten, Krankenhäuser oder Universitäten.

Glaubhaft in puncto Haushaltsfragen?

Auch das Image des ernsthaften Umgangs mit Haushaltsfragen, das sich die neue wallonische Regierung gibt, muss hinterfragt werden. Dieses Image wird durch die Steuersenkungen, die sie plant, widerlegt. So sollen die Steuersätze auf Erbschaften in Wallonien halbiert werden. Es ist nicht ersichtlich, wie eine solche Maßnahme der Wallonie dabei helfen soll, ihren Haushalt auszugleichen, geschweige denn Haushaltsüberschüsse zu erzielen, um die Schulden abzubauen. Das

ist so, als würde man Ihnen sagen, dass eine Lohnsenkung Ihnen helfen wird, Ihre Schulden zurückzahlen. Mit dieser Argumentation hatte bereits die Regierung Michel (2014-2019) ihre Steuerverlagerung (Tax Shift) gerechtfertigt. Anstatt Arbeitsplätze zu schaffen und Schulden abzubauen, hatte diese Maßnahme ein Loch in die Staatsfinanzen gerissen.

Die Staatsverschuldung als Rechtfertigung für eine neoliberale Politik

In Ermangelung ernsthafter Gründe, die für den Schuldenabbau sprechen, ermöglicht dieser Diskurs der Ausgabensenkung den Regierungen in Wirklichkeit, ihre neoliberalen Reformen gegen die Interessen der Arbeitnehmer durchzusetzen: die von der Europäischen Kommission auferlegte Rentenreform, die wahrscheinliche Reform der automatischen Lohnindexierung (vorgesehen in der „Supernote“ der möglichen Arizona-Koalition auf Föderalebene), die Reduzierung und Kommerzialisierung der öffentlichen Dienste,... Dabei brauchen wir dringend Investitionen in öffentliche und kollektive Dienste sowie in den ökologischen und sozialen Übergang. Aus mindestens zwei Gründen.

Wir kennen den Spruch: „Der öffentliche Dienst ist das Erbe derer, die keines haben“. Der öffentliche Dienst ist einer der stärksten Hebel, um Ungleichheiten zu verringern und allen Menschen den Zugang zu dem zu garantieren, was sie brauchen: qualitativ hochwertige Bildung und Gesundheitsversorgung, Wasser, öffentliche Verkehrsmittel usw. Wenn die Rechte den Arbeitnehmern mehr Nettolohn verspricht, indem sie die Ausgaben für den öffentlichen Dienst oder die Sozialversicherung kürzt, führt sie uns in die Irre. Wenn der Schutz im Gesundheitswesen oder die Rentenhöhe sinken, müssen noch immer die Arbeitnehmer selber zahlen, um sich medizinisch versorgen zu lassen oder eine Rentenversicherung abzuschließen. Der einzige, aber wichtige Unterschied besteht darin, dass der Beitrag zum Sozialschutz nicht mehr durch Sozialbeiträge oder Steuern nach dem Solidaritätsprinzip „Die breitesten Schultern tragen am meisten bei“ geleistet wird, sondern durch Privatversicherungen nach dem Prinzip „Die mit dem größten Risiko zahlen am meisten“, wobei nebenbei auch noch die Aktionäre entlohnt

werden.

Eine Studie von Minerva aus dem Jahr 2023 belegt dies: Zählt man alle Ausgaben eines Landes für den Sozialschutz (ob öffentliche Ausgaben, [obligatorische oder freiwillige] private Versicherungen und die Kosten für Steueranreize wie z.B. für Rentensparen) zusammen, dann gibt Belgien einen geringeren Teil seines Reichtums (BIP) für Sozialausgaben aus als die Niederlande, Deutschland oder die USA. Letztere sind jedoch für einen sehr geringen öffentlichen Sozialschutz und ein niedriges Steuerniveau bekannt.

Der zweite Grund sind die immensen Kosten der Untätigkeit gegen die globale Erwärmung: Die Europäische Umweltagentur hat berechnet, dass die kombinierten Auswirkungen der globalen Erwärmung bis 2070 30 % und bis 2080 sogar 60 % des europäischen Reichtums (gemessen am BIP) zerstören könnten (Finance Watch, 2024). Diese Beträge sind gigantisch, viel größer als die Investitionen in Höhe von 5 bis 10 % des europäischen BIP pro Jahr, die angesichts des Klimawandels erforderlich sind.

Es ist Geld vorhanden...

Um dies zu finanzieren, werden neue Einnahmen benötigt, und die gibt es. Hier einige Ansätze (die Schätzung der Beträge stammt vom Föderalen Planungsbüro):

- Eine Vermögenssteuer (auf Vermögen von mehr als 1,25 Millionen Euro ohne Hauptwohnsitz und Berufstätigkeit) würde **jährlich 7,6 Milliarden Euro** einbringen.
- Eine Steuer auf Aktiengewinne (die Tatsache, dass Aktionäre ihre Aktien teurer verkaufen, als sie sie gekauft haben) würde **2,9 Milliarden Euro pro Jahr** einbringen.
- Die Globalisierung von Arbeits- und Kapitaleinkommen (dass Zins- und Dividendeneinkünfte wie Löhne und Gehälter besteuert werden) würde **jährlich 6,4 Milliarden Euro** einbringen.
- Die Einführung eines Sozialbeitrags der Arbeitgeber auf außergesetzliche Vorteile (wie auf den Bruttolohn) würde **1,5 Milliarden Euro pro Jahr** einbringen.

Wir müssen gemeinsam kämpfen, um neue Einnahmen, Investitionen in den ökologischen Wandel und starke, für alle zugängliche öffentliche Dienste zu erhalten.

“Kommentar

Bereitet die nächste Regierung eine Arizona-Wüste vor?



Nach einer zweimonatigen Pause nahmen die politischen Verhandlungsführer ihre Arbeit wieder auf. In einem Kontext der Unsicherheit ist es wichtig, die kritischen Fragen zu identifizieren, die uns alle betreffen. Ob es um den Kampf für angemessene Löhne, das Recht auf gesunde Arbeit oder die Bemühungen um die Aufrechterhaltung eines starken Sozialversicherungssystems geht: Wir haben Ihre Sorgen gehört und eine Zeitung veröffentlicht, die sie aufgreift. Diese „Arizona-Zeitung“ (auch auf unserer Website www.diecsc.be/arizona) beleuchtet die Kämpfe, die wir gemeinsam führen, um ein Sozialmodell zu erhalten, in dem jeder in Würde leben kann.

Jeder Artikel, jeder Erfahrungsbericht zeigt die Dringlichkeit auf, für eine gerechtere Zukunft zu handeln. Sei es durch die Analyse der exzessiven Profite bestimmter Großunternehmen oder durch den Kampf für die automatische Indexierung der Löhne, diese Zeitung zeigt, dass unsere Mobilisierung nicht nachlässt. Sie erinnert uns daran, dass Solidarität und soziale Gerechtigkeit angesichts

des wirtschaftlichen Drucks unsere besten Waffen bleiben, um eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen.

Diese Zeitung hält Sie nicht nur auf dem Laufenden, sondern spiegelt auch ein starkes Engagement für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen wider und unterstreicht die Bedeutung öffentlicher, kollektiver und gemeinnütziger Dienste. Sie ist ein echtes Instrument zur Bewusstseinsbildung, das die Menschen zum Handeln anregt, um nicht politischen Entscheidungen unterworfen zu werden, ohne zu reagieren. Wir alle müssen dazu beitragen, dass die Werte der Gerechtigkeit und Gleichheit in unserer Gesellschaft geachtet werden.

Wir laden Sie ein, die „Arizona-Zeitung“ zu lesen, diese Informationen mit Ihren Angehörigen zu teilen und sich zu engagieren. Denn gemeinsam und gut informiert werden wir den Unterschied machen!

Marie-Hélène Ska
CSC-Generalsekretärin

Die Vielfalt der Generationen erkunden

Unter dem Motto „*Generationenkonflikt oder Erfolgsteam?*“ fand vor kurzem in der CSC in Eupen ein inspirierender Themenabend des Regionalkomitees Eupen - Sankt Vith statt. Dabei erkundeten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Vielfalt der Generationen. Je nach Geburtsjahr erhielten sie Etiketten wie „Babyboomer“ oder „Gen Z“, die sie sich ankleben durften. So erforschten sie, wie sich Schubladendenken anfühlen kann.

Referentin Anouchka Nyssen stellte gängige Klischees in Frage und verdeutlichte, dass viele Werte generationsübergreifend von Bedeutung sind. Es zeigte sich, dass Einstellungen und Überzeugungen nicht nur vom Geburtsjahr, sondern vor allem von individueller Persönlichkeit, sozialen Umständen und dem Lebensalter abhängen. So könnte ein 60-Jähriger von heute vor 40 Jahren ganz ähnliche Ansichten vertreten haben wie die heutige Jugend. Ereignisse wie der Fall der Berliner Mauer oder die Coronakrise prägten alle Generationen, jedoch jeweils unterschiedlich und je nach Lebensphase.



STOPPT Gewalt gegen Frauen



Nationalkundgebung
24.11. (14 Uhr) - Zentralbahnhof Brüssel